

1 **Gründerzeit 2.0: Deutschlands Universitäten und Hochschulen als** 2 **Keimzellen von Innovation und Unternehmertum**

3 Erfindergeist, Ingenieurskunst und wissenschaftliche Exzellenz aus Deutschland genießen Weltruhm.
4 Neben den Geistes- und Sozialwissenschaften bilden vor allem natur- und ingenieurwissenschaftlich
5 getriebene Innovationen eine zentrale Grundlage des Erfolges unseres Landes. In der modernen,
6 internationalen und zunehmend digitalisierten Wissensgesellschaft gilt es, diese Stärken zu nutzen.
7 Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Forschungsergebnisse und andere
8 Innovationen auch künftig schnell aus den Hochschulen in die Praxis gebracht werden. Wir wollen
9 den Gründergeist in Deutschland stärken. Ausgründungen aus der Wissenschaft brauchen finanzielle,
10 organisatorische und politische Unterstützung.

11 Die unionsgeführten Bundesregierungen haben dazu seit 2005 enorme Kraftanstrengungen
12 unternommen und den Etat für Bildung und Wissenschaft um 130 Prozent auf heute über 17
13 Milliarden Euro gesteigert. Auch die Länder haben Ihren Beitrag geleistet, Hochschuletats vergrößert
14 und die Weichen für eine international vernetzte Wissensgesellschaft gestellt. Dem Gründungsradar
15 2016 ist zu entnehmen, dass den deutschen Universitäten 2016 insgesamt 76 Millionen Euro für die
16 Gründungsförderung zur Verfügung standen, nach 49 Millionen Euro in 2012. Der Drittmittelanteil
17 betrug dabei 43 Millionen Euro (im Vergleich: 23 Millionen Euro in 2012). Insgesamt wurden 6.401
18 Gründungsprojekte betreut, im Durchschnitt 45 Projekte je Hochschule. Dies entspricht einer
19 Steigerung von 22 Prozent gegenüber 2012 (4.284 beziehungsweise 37 Gründungsprojekte je
20 Hochschule).¹

21

22 **EXIST-Förderprogramm als ein erfolgreicher Baustein**

23 Betrachtet man den Erfolg deutscher Universitäten bei Förderwettbewerben, so sieht die Bilanz für
24 2016 ähnlich aus wie vier Jahre zuvor: An 44 Prozent der Hochschulen wurden EXIST-
25 Gründerstipendien (2012: 48 Prozent) und an 19 Prozent EXIST-Forschungstransfergelder (2012: 17
26 Prozent) eingeworben. Das ist insgesamt ausbaufähig. Immerhin leistet das EXIST-Förderprogramm
27 der unionsgeführten Bundesregierung einen wertvollen Beitrag, um das Gründungsklima an
28 Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu verbessern. Seit 1998 wurden
29 insgesamt 127 Hochschulen durch EXIST-Gründungskultur gefördert, über 284.000 Studenten
30 besuchten die gründungsbezogenen Veranstaltungen von EXIST und es wurden über 17.200
31 Gründungsvorhaben betreut, aus denen 4.600 Gründungen hervorgingen. Darüber hinaus

¹ Hierbei handelt es sich um die gemeldeten Gründungsprojekte. Es ist davon auszugehen, dass nicht an allen Universitäten und Hochschulen Ausgründungen regelmäßig erfasst werden, da es oft an entsprechenden Anreizstrukturen fehlt.

32 unterstützen regionale und länderspezifische Wettbewerbe und Preisverleihungen für innovative
33 Startups die Gründerkultur an deutschen Hochschulen.

34 Dennoch fehlt es weiterhin an etablierten Strukturen zur Förderung von Ausgründungen aus der
35 Wissenschaft. Dies trifft insbesondere auf Lehrstühle für Entrepreneurship zu. So gibt es
36 beispielsweise an den sechs staatlichen Hamburger Hochschulen aktuell gerade einmal drei
37 Lehrstühle mit einem Schwerpunkt auf Ausgründungen. Für eine zukunftsorientierte
38 Innovationsgesellschaft ist dies zu wenig.

39

40 **Interaktionen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen**

41 Die Stärke unserer Wirtschaft, des Rückgrats des gesellschaftlichen Wohlstands unseres Landes,
42 hängt dabei zunehmend vom Maß der Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ab. Die
43 Wissensintensivierung der Produktions- und Leistungsprozesse ist die unabdingbare Konsequenz der
44 Wissensgesellschaft. Die immer kürzer werdenden Innovationszyklen erfordern deshalb, dass
45 entsprechende Rahmenbedingungen, unter Wahrung der Hochschulautonomie, für eine ständige
46 Umwandlung von Forschungsergebnissen in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen
47 bestehen. Seit dem Jahrtausendwechsel kommt der vierten industriellen Revolution unter dem
48 Stichwort Industrie 4.0 eine gesonderte Bedeutung zu. Industrie 4.0 steht als deutscher Ansatz für
49 einen grundlegenden Wandel aller Wirtschafts- und Lebensbereiche. Das "Internet der Dinge und
50 Dienste" schafft eine Verbindung der realen und virtuellen Welt. In der vernetzten Fabrik oder
51 "Smart Factory" wachsen Informations-, Kommunikations- und Produktionstechnologien zusammen.
52 Es ergeben sich völlig neue Möglichkeiten. Neue Geschäftsmodelle und Chancen entstehen,
53 bestehende Geschäftsmodelle müssen weiterentwickelt werden.

54 Vor dem Hintergrund der immer kürzer werdenden Innovationszyklen müssen sich Universitäten und
55 Hochschulen, aber auch Unternehmen auf die bessere Vernetzung von industriellen Prozessen und
56 digitalen Prozessen einstellen können. Dazu braucht es gerade im Bereich Entrepreneurship weitere
57 Kompetenzen an den Hochschulen, die vom Datenschutz über die Datensicherheit bis hin zu
58 Prozessoptimierungen und der besseren Vernetzung von Lieferprozessen reichen. Hier ist
59 Deutschland führend und muss es auch bleiben. So wurde beispielweise am Campus der Rheinisch-
60 Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen im Cluster Smart Logistik nun die Möglichkeit
61 geschaffen, „Industrie 4.0“ als eine Form experimenteller Betriebsorganisation in einem realen
62 Umfeld zu erforschen. Solche Initiativen gilt es voranzutreiben.

63

64 **Innovationspolitik muss selbst innovativ sein**

65 Aufgabe der Politik im 21. Jahrhundert soll es deshalb sein, den Wissenschaftsstandort Deutschland
66 konsequent zu stärken und weiterzuentwickeln. Dazu zählen eine auskömmliche Grundfinanzierung,

67 Investitionen in die Infrastruktur, die Internationalisierung der Universitäten, Hochschulen und
68 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die Förderung des Wissenstransfers zwischen
69 Wissenschaft und Wirtschaft. Dabei entstehen und verlaufen Innovationen nicht nur gradlinig,
70 sondern häufig jenseits des Mainstreams. Oftmals scheitern Startups zunächst, verlaufen in einer
71 nebenspurigen Entwicklung aber weiter und werden durch nebenliegende Spin-offs erst erfolgreich.
72 Dazu braucht es auch einen grundlegenden Mentalitätswandel hin zu einer positiven Wagniskultur.
73 Aufgabe der Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik ist es, hier neue Denkwege zu gehen und nicht in
74 eingefahrenen Prozessen zu denken. Die Hochschulpolitik muss daher, wenn sie Ausgründungen aus
75 Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen fördern möchte, Freiheiten gewähren und
76 neue Anreize setzen, die den Professoren, Mitarbeitern und Studenten Mut machen, den oftmals
77 schwierigen Weg einer Ausgründung zu beschreiten. Die hochschulpolitischen Sprecher von CDU und
78 CSU fordern daher, neue Anreizsysteme für Professoren, Mitarbeiter und Studenten zu schaffen. Es
79 braucht entsprechende Wagnisvergütungen an die Lehrenden oder auch Anreizsysteme im
80 Prüfungswesen für Studenten.

81 Die hochschulpolitischen Sprecher von CDU und CSU aus den Landtagen sowie dem Deutschen
82 Bundestag bekennen sich zur grundlegenden Bedeutung von Innovationen für den Erhalt und die
83 Entwicklung des gesellschaftlichen Wohlstands, und sie setzen sich dafür ein, dass die Verwertung
84 wissenschaftlicher Erkenntnisse nachhaltig und reibungslos funktioniert. Dies gilt insbesondere für
85 direkte Ausgründungen von Unternehmen aus wissenschaftlichen Einrichtungen heraus.

86 Hierfür sollen die Länder und der Bund im Zusammenspiel mit jeweils verantwortlichen regionalen
87 Stakeholdern weitere eigenständige innovative Programme konzipieren und eine nachhaltige
88 Innovationsdynamik anregen. Dazu zählen sowohl lokale Initiativen wie auch internationale
89 Kooperationen, insbesondere mit den großen Innovationsregionen dieser Welt, beispielsweise Silicon
90 Valley in den USA und Silicon Wadi in Israel. Entsprechende Programme sollen dem Austausch von
91 Knowhow und Talenten dienen und eine nachhaltige internationale Vernetzung der deutschen
92 Innovationszentren fördern.

93

94 **Soziale Marktwirtschaft in Zeiten der Digitalisierung**

95 Entrepreneurship als eigenverantwortliche und kreative Lösung sozialer und ökonomischer Probleme
96 mittels marktwirtschaftlicher Strukturen entspricht im besten Sinne den Prinzipien der Sozialen
97 Marktwirtschaft. Die hochschulpolitische Sprechertagung von CDU und CSU bekennt sich zu Freiheit
98 von Forschung und Lehre. Darüber hinaus wollen wir den gesellschaftlichen Innovationsprozess mit
99 eigenen Ansätzen bereichern und den Innovationsstandort Deutschland stärken. Dafür ist ein neues
100 Selbstbewusstsein der akademischen Einrichtungen unseres Landes notwendig, welches durch
101 entsprechende Strukturen insbesondere auch in Bund, Ländern und Kommunen gefördert und

102 gefordert wird. Um die Mentalität einer Gründerzeit 2.0 bundesweit zu stärken, sollen Deutschlands
103 Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Keimzellen von
104 Innovation und Unternehmertum ausgebaut werden.

105

106 **Entrepreneurial University als ein leitendes Motiv**

107 Die hochschulpolitischen Sprecher von CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass in Universitäten und
108 Hochschulen neben Lehre und Forschung die Wissensverwertung einen wesentlich höheren
109 Stellenwert bekommt, mit dem Ziel einer systematischen Transformation wissenschaftlicher
110 Erkenntnisse in Wirtschaft und Gesellschaft. Universitäre Ausgründungen, Spin-offs und Startups sind
111 Träger von Innovationen und sichern ihre ökonomische Existenz durch die Diffusion
112 wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Wirtschaft. Die rechtlichen Rahmenbedingungen im Sinne
113 einer „Entrepreneurship Governance“ sollen so optimiert werden, dass das Engagement von
114 Wissenschaftlern bei solchen Ausgründungen vereinfacht und gewürdigt wird. Dieser Wandel kann
115 ohne das Engagement der Hochschulleitungen nicht gelingen.

116 Die Landesregierungen sollen gemeinsam mit den staatlichen Universitäten und Hochschulen
117 weitere Maßnahmen entwickeln, um Wissenschaftler dazu zu incentivieren, geeignete Studenten
118 und Nachwuchswissenschaftler bei Unternehmensgründungen zu unterstützen. Dies kann
119 beispielsweise durch Freiräume in Form von Rückkehrrechten bei einem Wechsel in die Wirtschaft,
120 durch Anrechnungen auf zu erbringende Lehrdeputate oder durch die Schaffung von Gründerpreisen
121 erfolgen, mit denen besonders engagierte Wissenschaftler prämiert und unternehmerische Konzepte
122 unterstützt werden.

123 Die hochschulpolitischen Sprecher von CDU und CSU unterstützen regionale Netzwerke mit
124 Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Kreditinstituten, um geeignete Strukturen zur Förderung
125 von Entrepreneurship innerhalb der Universitäten und Hochschulen auszubauen. Von den
126 wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen wird erwartet, dass sie sich in regionalen
127 Innovationsnetzwerken engagieren und geeignete Regelwerke zur Förderung des Entrepreneurship
128 und des Technologietransfers konzipieren.

129 Die hochschulpolitische Sprechertagung von CDU und CSU erkennt die Bedeutung von Wagniskapital
130 für wissensintensive Spin-offs und Startups an und fordert Anreize für die Stärkung der Investitionen
131 durch Venture Capital Geber, damit innovative Jungunternehmen aus den Universitäten,
132 Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Wachstumsphase erfolgreich gestalten und im
133 Wettbewerb bestehen können.

134 Dabei übernimmt das Social Entrepreneurship eine wichtige, ergänzende Rolle bei der
135 marktorientierten, kreativen und partizipativen Lösung sozialer Herausforderungen. Das Engagement
136 der Hochschulen in diesem Bereich soll ausdrücklich gestärkt und gefördert werden. Die Entwicklung

137 von Dienstleistungen und Produkten, die zur Zukunftsfähigkeit und zum sozialen Ausgleich der
138 Gesellschaft entwickelt werden, ist für Deutschland von zentraler Bedeutung. Die Universitäten und
139 Hochschulen müssen dabei unterstützt werden, Fachkompetenzen bei der Gründung von
140 gemeinnützigen Gesellschaften sowie bei der Implementierung von Social Impact zu erwerben und
141 zu vermitteln.

142

143 **Technologietransfer als Schwerpunkt**

144 Die hochschulpolitischen Sprecher von CDU und CSU unterstützen eine vielfältige Zusammenarbeit
145 der Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen, insbesondere mit
146 dem Mittelstand (KMUs). Zusätzlich zu bestehenden Bundesprogrammen sollen Bund und Länder
147 spezielle Innovationsprogramme zur Stärkung von Forschung und Entwicklung der wissenschaftlichen
148 Einrichtungen mit KMUs ausbauen. Ein erfolgreicher Technologietransfer setzt eine
149 Schwerpunktsetzung der Forschungs- und Innovationspolitik auf ausgewählten Wachstumsfeldern
150 voraus, die vor dem Hintergrund globaler Trends und regionaler Clusterprofile die besten
151 Wachstumschancen für Deutschlands Wirtschaft erwarten lassen.

152 Die Patentpolitik muss darauf ausgerichtet sein, eine optimale Verwertung des errungenen Wissens
153 aus den wissenschaftlichen Einrichtungen zu ermöglichen. Eine Überlassung der Nutzungsrechte des
154 geistigen Eigentums wissenschaftlicher Einrichtungen an Spin-offs und Startups gegen eine
155 kapitalmäßige Beteiligung dieser Einrichtungen ist zu begrüßen. Hierzu sollen die wissenschaftlichen
156 Einrichtungen jeweils geeignete institutionelle Strukturen schaffen.

157

158 **Regionale Technologie- und Gründerzentren auf- und ausbauen**

159 An den wissenschaftlichen Einrichtungen sollen jeweils in räumlicher Nähe Technologie- und
160 Gründerzentren auf- bzw. ausgebaut werden, die zusammen mit den regional tätigen
161 Wirtschaftsförderungsgesellschaften den institutionellen Rahmen einer gelungenen Kooperation mit
162 der Wirtschaft schaffen. Diese Zentren sollen durch entsprechende Professuren für Entrepreneurship
163 gestärkt bzw. geleitet werden und als Sammelbecken von Gründern dienen. Zu den Aufgabenfeldern
164 zählen unter anderem: 1. Forschungsmanagement, 2. Schutzrechtsmanagement, 3.
165 Gründerunterstützung, 4. Beratung und Kompetenzentwicklung. Andere Universitäten, Hochschulen
166 und Forschungseinrichtungen sollen sich hier einbringen können. So sollen die Vernetzung der
167 Technologietransferaktivitäten der einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen organisiert und damit
168 verbundene Synergieeffekte ausgenutzt werden.

169 Diese Technologie- und Gründerzentren sollen zudem als Think Tank dienen, um in enger
170 Verbundenheit mit den Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine überregionale
171 Strahlkraft zu fördern und das Image des Wissenschaftsstandorts Deutschland international zu

172 stärken und zu bewerben. Zugleich sollen diese Think Tanks die Landesregierungen sowie die
173 regionale Wirtschaft bei Fragen des Entrepreneurship und des Technologietransfers beraten.

174

175 Die hochschulpolitischen Sprecher der CDU und CSU in Bund und in den Ländern fordern:

176 1. Wissenstransfer und Ausgründungen sollen zu einem wesentlichen Bestandteil der
177 Hochschulen werden. Hochschulpolitische Entscheidungen sind daran auszurichten,
178 beispielsweise Verhandlungen der Hochschulfinanzierung, bei Berufungen, bei der Nutzung
179 von Infrastruktur etc..

180 2. Wir begrüßen es, dass Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen
181 unternehmerisches Denken ausbauen. Das Konzept der Entrepreneurial University stellt die
182 Förderung von Ausgründungen an die Seite von Forschungs- und Lehraktivitäten. Die
183 Landesregierungen sollen gemeinsam mit den staatlichen Universitäten und Hochschulen
184 weitere Maßnahmen entwickeln, um Hochschullehrer und andere Wissenschaftler dazu zu
185 incentivieren, geeignete Studenten und Nachwuchswissenschaftler bei
186 Unternehmensgründungen zu unterstützen.

187 3. Dabei ist es notwendig,

188 a) die Grundfinanzierung der Hochschulen, regelmäßig über Inflation und
189 Tarifsteigerungen hinaus, zu erhöhen.

190 b) die Infrastruktur der Universitäten und Hochschulen dahingehend zu überprüfen, ob
191 sie den Ansprüchen und Zielen einer Entrepreneurial University entsprechen; diese
192 sind dahingehend instand zu setzen und zu verbessern.

193 c) Anreize zur Förderung unternehmerischer Tätigkeiten des wissenschaftlichen
194 Personals zu setzen, beispielsweise durch Freiräume in Form von Rückkehrrechten
195 für Lehrkräfte bei einem Wechsel in die Wirtschaft, durch Anrechnungen auf zu
196 erbringende Lehrdeputate oder durch die Schaffung von Gründerpreisen, mit denen
197 besonders engagierte Wissenschaftler prämiert werden.

198 d) den Ausbau von regionalen Innovations- und Technologiezentren als Schnittstelle
199 zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter voranzutreiben und zu fördern.

200 e) zusätzlich zu bereits bestehenden Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene
201 spezielle Innovationsprogramme zur Stärkung von Forschung und Entwicklung der
202 wissenschaftlichen Einrichtungen mit KMUs auszubauen.

203 f) die Anzahl der Lehrstühle und Professuren sowie den akademischen Mittelbau im
204 Bereich Entrepreneurship an Universitäten und Hochschulen weiter zu erhöhen.

205

206 Hamburg, beschlossen am 06. November 2017